

Wahlcheck 2025

Befragung der IHK Kassel-Marburg



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Die befragten Kandidaten:



Anna-Maria Bischof

CDU, Listenplatz 4, Direktkandidatin
Wahlkreis Schwalm-Eder (169)



Sören Bartol

SPD, Listenplatz 1, Direktkandidat
Wahlkreis Marburg (170)



Boris Mijatovic

Bündnis 90/Die Grünen, Listenplatz 6,
Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167)



Julian Schmidt,

AfD, Listenplatz 4, Direktkandidat
Wahlkreis Marburg (170)



Jochen Rube

FDP, Listenplatz 5, Direktkandidat
Wahlkreis Waldeck (166)

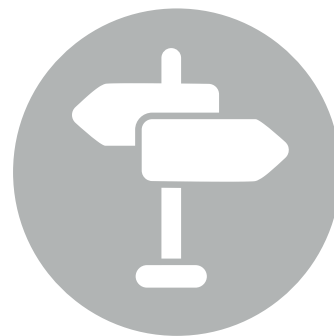


Violetta Bock

Die Linke, Listenplatz 3,
Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167)

Fragen:

1. ■ Welche Maßnahmen hinsichtlich der klassischen und digitalen Infrastruktur wollen Sie ergreifen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts zu sichern?



Anna-Maria Bischof, CDU, Listenplatz 4, Direktkandidatin Wahlkreis Schwalm-Eder (169):

„Als CDU legen wir den Fokus auf beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren und die Modernisierung der Bahn, sowie deren Infrastruktur. Besonders wichtig sind uns ebenso die Unterstützung der Automobilindustrie, der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und die Rücknahme des Verbrenner-Verbots. Dazu sorgen wir für hochleistungsfähige digitale Infrastrukturen, insbesondere auch starke Rechenzentren. Für eine echte Digitalunion schaffen wir klare einheitliche Regeln, ein modernes Wettbewerbsrecht und eine europäische Cloud, sowie europäische Speicher- und Rechenkapazitäten. Nur mit Wachstum, Investitionen, Freiräumen für unsere Unternehmen und guten Arbeitsplätzen können wir unseren Wirtschaftsstandort erhalten und für dessen Zukunftsfähigkeit sorgen.“

Sören Bartol, SPD, Listenplatz 1, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):

„Eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur ist elementarer Bestandteil für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Deshalb liegt unser Schwerpunkt darin weitere Investitionen in unsere Infrastruktur zu tätigen.

Dies beinhaltet für unser Schienennetz eine Fortführung der Generalsanierungen des deutschen Schienennetzes und den Anschluss aller Großstädte ans Fernverkehrsnetz. Auch unsere Straßen und Brücken müssen saniert werden. Dies fördern wir über einen neuen Bundesmobilitätsplans. Weiterhin setzen wir uns für die Modernisierung von Schiffsflotten ein und setzen die Nationale Hafenstrategie weiter um. Hinzu wollen wir die Fahrradinfrastruktur durch ein bundesweit vernetztes Radschnellwegesystem ausbauen und ebenfalls die Fußverkehrsstrategie des Bundes weiterentwickeln.

Ebenso bedarf es für uns einer flächendeckenden Versorgung mit Glasfaser und Mobilfunk und der Ausbau der digitalen Infrastruktur für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr.“

Boris Mijatovic, Bündnis 90/Die Grünen, Listenplatz 6, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Deutschland ist von früheren Regierungen jahrelang auf Verschleiß gefahren worden. Zu lange hat es zu wenig verlässliche öffentliche Investitionen gegeben. Dabei steht hinter jeder öffentlichen Investition realwirtschaftliche Wertschöpfung. Wir werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten. Daraus werden wir in die Bahn und den öffentlichen Nahverkehr investieren, die Kitas und Schulen sanieren, die Forschung finanzieren, die die Technologien und den Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum für Investitionen in ihre Zukunft ermöglichen.“

Der Schlüssel für unsere Wettbewerbsfähigkeit liegt in der Digitalisierung. Unser Ziel ist, die Grenzen der unterschiedlichen IT-Systeme von Unternehmen, Behörden und Forschungseinrichtungen durch Interoperabilität zu überwinden. Um hier grundlegend voranzukommen, wollen wir die bislang zersplitterten Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Budgetverantwortungen der Digitalpolitik in einem Bundesministerium bündeln.“

Julian Schmidt, AfD, Listenplatz 4, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):

„Der Erhalt und Ausbau sowohl der klassischen als auch der digitalen Infrastruktur in Deutschland wurde über Jahrzehnte vernachlässigt. Neben ausbleibenden Investitionen sind es vor allem die lähmende Bürokratie, und jahrelange Planungsverzögerungen, die einer unserem Wirtschaftsstandort angemessene Infrastruktur im Wege stehen. Wir wollen daher die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen und vereinfachen sowie mit einer klaren und pragmatischen Prioritätensetzung Infrastrukturprojekte zügig und planbar umsetzen. Dazu gehört auch, dass Prozesse digitalisiert werden. Wir werden die Verwaltung deutlich verschlanken und umfassend digitalisieren.“

Zur Infrastruktur gehört auch eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung. Grundlage dafür ist ein Energiemix nach marktwirtschaftlichen Prinzipien. Neben dem Wiedereinstieg in die Atomkraft fordern wir daher die Reparatur der North Stream Pipelines, sobald dies mit Blick auf die außenpolitische Lage sinnvoll erscheint.“

Jochen Rube, FDP, Listenplatz 5, Direktkandidat Wahlkreis Waldeck (166):

„Der Industriestandort Deutschland braucht eine flächendeckend leistungsfähige Infrastruktur. Bei Verkehrsinfrastrukturprojekten wie Schienen, Straßen und Brücken setzen wir auf beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren und Partnerschaften mit der Privatwirtschaft, um Investitionen zu mobilisieren. Digitalisierung ist kein Luxus, sondern Grundvoraussetzung: Flächendeckendes Glasfasernetz und 5G schaffen wir durch steuerliche Anreize für private Investoren und den Abbau bürokratischer Hürden bei Genehmigungsverfahren. Gleichzeitig modernisieren wir die Verwaltung mit einem „Digital First“-Prinzip – Anträge sollen online in Minuten statt in Wochen bearbeitet werden. Zukunftsprojekte wie Wasserstoffnetze oder Ladesäuleninfrastruktur fördern wir technologieoffen, um marktgetriebene Lösungen zu stärken. So schaffen wir die Voraussetzungen für neues Wachstum.“

Violetta Bock, Die Linke, Listenplatz 3, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Wir wollen eine Wirtschaftspolitik für die Mehrheit, die die Voraussetzungen für breiten gesellschaftlichen Wohlstand schafft. Wir plädieren für den Ausbau und die Modernisierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, die Förderung von klimaeffizienten und barrierefreien Verkehrssystemen sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung von sozialen und regionalen Infrastrukturen.

Wir wollen endlich die flächendeckende Digitalisierung: schnellen Internetzugang für alle, insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen, sowie den Ausbau öffentlicher Digitalplattformen. Wir setzen auf eine starke öffentliche Hand bei der Bereitstellung von Breitband- und Mobilfunknetzen, um Monopolbildung zu verhindern und digitale Teilhabe für alle abzusichern. Digitale Bildung und Infrastruktur müssen endlich als öffentliche Güter behandelt werden, um die Innovationskraft aller zu stärken.

Und ja, in diesem Zusammenhang: Wir sind für die Abschaffung der Schuldenbremse, weil sie, nicht nur in diesem Bereich, eine Investitionsbremse ist. Es muss wieder möglich sein, öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, eine klimaneutrale Industrie und den sozialen Ausgleich über Kredite zu finanzieren.“

2. Die hohen Energiekosten sind eine Belastung für die Wirtschaft.

■ Wie wollen Sie bezahlbare und planbare Energiekosten und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen sicherstellen?



Anna-Maria Bischof, CDU, Listenplatz 4, Direktkandidatin Wahlkreis Schwalm-Eder (169):

„Wir beenden die ideologiegetriebene Politik der Ampel. Wir handeln und senken die Stromsteuer und die Netzentgelte. Der Strom muss für alle schnell und spürbar günstiger werden. Wir bauen Netze, Speicher und alle Erneuerbaren aus und setzen auf Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit. Nur mehr Angebot senkt die Preise. Wir halten an der Option Kernenergie fest. Dabei setzen wir auf die Forschung zu Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerken. Die Wiederaufnahme des Betriebs der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke prüfen wir. Wir schaffen das Heizungsgesetz der Ampel ab. Mit dem bürokratischen Reinregieren in den Heizungskeller muss Schluss sein. Wir fördern technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen. Wir setzen auf den Emissionshandel. Er ist das richtige Instrument, um die Emissionsmenge effizient zu begrenzen und damit das Klima bestmöglich zu schützen.“

Sören Bartol, SPD, Listenplatz 1, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):

„Als SPD geben wir Planungs- und Investitionssicherheit bei den Energiekosten durch stabile Preise, von den Netzentgelten über die Stromsteuer bis zum CO₂-Preis. Dies garantieren wir durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, inklusive der damit benötigten Stromnetze. Darüber hinaus stabilisieren und deckeln wir die Übertragungsnetzentgelte auf 3 Cent pro Kilowattstunde und setzen uns für weiter reduzierte Netzentgelte für stromintensive Unternehmen und Branchen ein.“

Neben dem Einsatz für bezahlbare und planbare Energiekosten wollen wir als SPD den Wirtschaftsstandort Deutschland über weitere Anreize zu mehr Wachstum verhelfen. Wir führen einen Deutschlandfonds mit anfangs 100 Milliarden Euro Volumen ein, um öffentliches und privates Kapital bürokratiearm für Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren. Ebenso wird es mit uns einen Made-in-Germany-Bonus geben. Dieser sieht eine 10%-Steuererstattung für jede Betriebs- und Unternehmensinvestition in Maschinen und Geräte vor.“

Boris Mijatovic, Bündnis 90/Die Grünen, Listenplatz 6, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Die Energiepreise sind wieder auf Vorkrisenniveau. Immer häufiger sorgen erneuerbare Energien für günstige Preise an der Strombörse. Wir wollen, dass die günstigen Preise bei Haushalten und Unternehmen ankommen: Wir übernehmen die Netzentgelte für überregionale Stromleitungen, senken die Stromsteuer auf das EU-Minimum und verstetigen die Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen. Wir halten das Rekordtempo beim Erneuerbaren-Ausbau aufrecht. Das Wasserstoff-Kernnetz bauen wir zügig aus. Wir erleichtern Eigenstromproduktion und fördern langfristige Abnahmeverträge. Das macht Energie günstig, sauber und unabhängig von Geopolitik.

Atomkraft ist nicht nötig für die Versorgungssicherheit und sie ist teuer. Der Strom aus Atomkraft war nur künstlich billig. So hafteten Atomkraftwerksbetreiber nur begrenzt für eventuelle Schäden und sind nur ungenügend versichert. Diese Kosten wurden jahrzehntelang von den Steuerzahler*innen getragen. Die realen Kosten der Erneuerbaren sind viel niedriger.“

Julian Schmidt, AfD, Listenplatz 4, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):

„Die Energiepolitik der letzten Jahrzehnte hat zu Energiepreisen geführt, die unsere wirtschaftliche Existenz bedrohen. Unsere Unternehmen brauchen konkurrenzfähige Energiepreise. Daher muss diese Entwicklung unverzüglich gestoppt werden. Die AfD wird im Sinne der Bürger und Wirtschaft auf Marktwirtschaft und Technologieoffenheit setzen und konsequent den Dreiklang der Energieversorgung aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wieder herstellen.

Das Verbot bestimmter Energieerzeugungsarten wie der Atomkraft zu Gunsten anderer Arten lehnen wir ab. Auch die Erneuerbaren Energien sollen sich dem Markt stellen. Daher werden wir die EEG-Umlage streichen. Wie die meisten vergleichbaren Industrieländer der Welt befürworten wir den Wiedereinstieg in die Atomkraft.

Des Weiteren werden wir die CO₂-Abgabe abschaffen und die Energie- und Stromsteuern reduzieren.“

Jochen Rube, FDP, Listenplatz 5, Direktkandidat Wahlkreis Waldeck (166):

„Die Energiepreise am Wirtschaftsstandort Deutschland sind zu hoch, wir müssen politisch gegensteuern und dabei die Resilienz unserer Energieversorgung im Blick haben. Dafür setzen wir auf marktwirtschaftliche Instrumente: Wir brauchen mehr Wettbewerb im Energiesektor, weniger Subventionen und eine technologieoffene Diversifizierung. Kurzfristig senken wir die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß. Mittel- bis langfristig setzen wir auf einen europäischen Wasserstoff- Binnenmarkt, den Ausbau von Wind- und Solaranlagen durch vereinfachte Genehmigungsverfahren. Auch moderne Kernkraft (Small Modular Reactors) und Gas als Brückentechnologie gehören dazu, bis Erneuerbare mit entsprechender Speichertechnologie flächendeckend verfügbar sind.“

Violetta Bock, Die Linke, Listenplatz 3, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Die Linke fordert eine starke, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Energiepolitik als Grundlage einer nachhaltigen Energieversorgung. Wir setzen auf den Ausbau erneuerbarer Energien, um langfristig unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden und die Energiekosten zu stabilisieren. Die Bereitstellung von Energie muss an den Alltagsinteressen orientiert sein statt sie „dem Markt“ und der Profitgier von großen Konzernen zu überlassen.

Haushalte und Unternehmen müssen durch eine progressive Preisgestaltung entlastet werden, bei der Unternehmen mit hohem Energieverbrauch faire Konditionen erhalten. Zusätzlich streben wir die Schaffung eines sozialen Energiemarkts an, der benachteiligte Branchen und kleinere Unternehmen gezielt unterstützt.

Wir wollen den Klima- und Transformationsfonds (KTF) ausbauen und jährlich mit 65 Milliarden Euro ausstatten, u.a. für die Finanzierung eines Industriestrompreises, der die energieintensive Industrie in der Transformation unterstützt.“

3 ■ Der Fachkräftemangel stellt eine strukturelle Herausforderung für Unternehmen dar. Vielen Betrieben gelingt es nicht, offene Arbeits- und Ausbildungsstellen zu besetzen. Wie sieht Ihr Konzept aus, um die Fachkräftelücke zu schließen?



Anna-Maria Bischof, CDU, Listenplatz 4, Direktkandidatin Wahlkreis Schwalm-Eder (169):

„Mit einer Fachkräfteoffensive bekämpfen wir das Problem und sorgen für mehr Produktivität. Für ausländische Fachkräfte wollen wir ein attraktiver Standort sein und lebenswerte Heimat werden. Den Fokus legen wir auf die vereinfachte und beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Vor allem Frauen in Teilzeit sind eine Gruppe mit großem Potenzial für den Arbeitsmarkt. Es braucht daher bessere Rahmenbedingungen für Vollzeitarbeit oder vollzeitnahe Arbeit. Dazu verbessern wir die steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen. Menschen in Helfertätigkeiten fördern wir auf ihrem Weg zu einer qualifizierten Fachkraft und entwickeln Anreize zum Erwerb beruflicher Qualifikationen. Auch schaffen wir das Vorbeschäftigungsverbot nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze ab.“

Sören Bartol, SPD, Listenplatz 1, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):

„Zunächst möchten wir die (Weiter-)Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärker fördern. Hierzu gehören der Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote und schnellere Job-to-Job-Vermittlungen über die Arbeitsagenturen. Kleineren Unternehmen wird mit Hilfe von Transfergesellschaften die Suche nach geeignetem Personal geholfen.“

Gleichzeitig gilt es Angebote zur frühzeitigen Berufsorientierung an Schulen auszubauen und die gesetzliche Garantie für einen Ausbildungsplatz zu sichern. Über den Einsatz für gute Löhne und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, mobilisieren wir weiteres, insbesondere weibliches, Arbeitskräftepotenzial vollumfänglich aus Teil- in Vollzeitbeschäftigung.

Ebenso gilt es das von uns beschlossene Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterzuentwickeln. Gleichzeitig bedarf es der Umsetzung des Job-Turbos zur Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt durch die schnellere und einfachere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen.“

Boris Mijatovic, Bündnis 90/Die Grünen, Listenplatz 6, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Für uns ist es wichtig, alle Potentiale auf dem Arbeitsmarkt zu aktivieren. Das fängt bei jungen Menschen an, für die wir die Berufsorientierung und Ausbildung weiter verbessern müssen. Wenn alle Frauen mit Kindern so arbeiten könnten, wie sie möchten, hätten wir in Deutschland bis zu 840.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen verbessern wir durch flächendeckend verfügbare Betreuungsangebote, gleiche Löhne und flexible Arbeitszeitmodelle. Älteren Beschäftigten werden wir finanzielle Anreize für längeres Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus bieten. Außerdem brauchen wir gezielte Weiterbildung in Unternehmen und durch Bildungsagenturen. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir die Zuwanderung von Arbeitskräften beschleunigt und vereinfacht. Auch für Geflüchtete haben wir Arbeitsverbote aufgehoben. Die Anerkennung internationaler Abschlüsse muss erleichtert sowie die Anrechnung von Berufserfahrung entbürokratisiert und vereinfacht werden.“

Julian Schmidt, AfD, Listenplatz 4, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):

„Dem Fachkräftemangel werden wir auf verschiedenen Ebenen begegnen. Wir wollen vorhandene Potenziale heben. Über 50.000 Jugendliche verlassen unsere Schulen jedes Jahr ohne Abschluss, und rund 3 Millionen junge Erwachsene in Deutschland haben keinen Berufsabschluss. Da gilt es anzusetzen.“

Das Bürgergeld ist eine Fehlkonstruktion und macht Arbeit für viele Menschen unattraktiv. Wir werden es daher durch eine aktivierende Grundsicherung ersetzen.

Des Weiteren wollen wir die Abwanderung vorhandener Fachkräfte stoppen. Jedes Jahr verlassen über 200.000 junge deutsche Staatsbürger unser Land, davon drei Viertel mit Hochschulabschluss. Grund sind die im Vergleich zu anderen Ländern schlechten Rahmenbedingungen in Deutschland: die höchste Steuer- und Abgabenlast, eine erodierende innere Sicherheit und ein schlechtes Bildungssystem. Aus den gleichen Gründen meiden echte qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland weitgehend unser Land.

Diese Rahmenbedingungen gilt es zu verbessern, um unser Land sowohl für die eigenen als auch für ausländische Fachkräfte attraktiv zu machen.“

Jochen Rube, FDP, Listenplatz 5, Direktkandidat Wahlkreis Waldeck (166):

„Der Fachkräftemangel stellt eine strukturelle Herausforderung für Unternehmen dar. Vielen Betrieben gelingt es nicht, offene Arbeits- und Ausbildungsstellen zu besetzen. Wie sieht Ihr Konzept aus, um die Fachkräftelücke zu schließen? Antwort: Wir Freie Demokraten setzen auf zwei Pfeiler: Bildungsoffensive und gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. In Schulen und Hochschulen modernisieren wir Lehrpläne mit Fokus auf MINT-Fächer und digitale Kompetenzen. Die duale Ausbildung stärken wir durch Kooperationen mit Betrieben und eine „Ausbildungsgarantie“ für jeden Jugendlichen. Gleichzeitig machen wir Deutschland für internationale Fachkräfte attraktiv: Ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und steuerliche Anreizmodelle für hochqualifizierte Fachkräfte schaffen dazu die Basis. Für bestehende Arbeitnehmer fördern wir flexible Arbeitszeitmodelle und Weiterbildung durch Prämien. Nur mit offenen Grenzen für Talente und klugen Investitionen in Köpfe werden wir die Fachkräftelücke verkleinern und damit die Grundlage für neues Wachstum am Wirtschaftsstandort Deutschland schaffen können.“

Violetta Bock, Die Linke, Listenplatz 3, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Die Linke setzt auf eine umfassende Arbeitsmarktpolitik, die den Fachkräftemangel nachhaltig adressiert, in dem sichere und attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir wollen die Ausbildungskapazitäten erhöhen und Anreize für Unternehmen schaffen, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Gute Arbeitsbedingungen halten qualifizierte Fachkräfte langfristig – dazu gehören gute Löhne, bessere Arbeitszeiten und mehr Mitbestimmung. Fachkräfte entscheiden ihren Wohnort darüber hinaus, inwiefern ein Ort Lebensqualität für die ganze Familie bietet. Dazu gehören nicht zuletzt die Verfügbarkeit von Wohnraum, Kita und Schule.

Integration spielt eine zentrale Rolle: Wir setzen uns für eine offene Einwanderungspolitik ein. Ein weiteres wichtiges Element ist die Förderung von lebenslangem Lernen und Weiterbildung, um bereits vorhandene Arbeitskräfte für die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu stärken und die Fachkräftelücke zu schließen.“

4. Die Erfüllung bürokratischer Anforderungen bindet viel Zeit, die Unternehmen lieber in produktive Tätigkeiten stecken würden. Welche konkreten Schritte planen Sie, um bürokratische Hürden qualitativ und quantitativ abzubauen und zeitnah für die notwendige Entlastung zu sorgen?



Anna-Maria Bischof, CDU, Listenplatz 4, Direktkandidatin Wahlkreis Schwalm-Eder (169):

„Wir werden eine konsequente Entbürokratisierung Deutschlands einleiten. Dazu beenden wir die Übererfüllung europäischer Vorgaben, das sog. Goldplating. Hiervon würden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen profitieren, die mittlerweile von der Vielzahl an Berichts-, Melde- und Dokumentationspflichten erdrückt werden. Wir wollen außerdem die Prüf- und Berichtszyklen für Unternehmen verlängern, Bagatellgrenzen anheben, eine Genehmigungsfiktion für Anträge nach Ablauf einer entsprechenden Frist bei Behörden einführen und wo immer möglich Pauschalen ausweiten.“

Sören Bartol, SPD, Listenplatz 1, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):

„Unser Ziel ist weniger Bürokratie und schnellere Bürokratieprozesse, um mehr Zeit für produktive Tätigkeiten und damit wirtschaftliches Wachstum zu schaffen.“

Dies schaffen wir durch die verstärkte Nutzung digitaler Prozesse, bspw. in der Bauverwaltung oder beim Erfassen von melderelevanter Daten. Darüber hinaus geht es insgesamt um den Abbau von Bürokratie durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten auf nationaler und EU-Ebene. Ebenso werden wir jedes Gesetz vor Umsetzung einem Praxistest unterziehen.

Als SPD achten wir darauf, dass Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte sowie Ziele des ökologischen Wandels trotz Bürokratieabbau erhalten bleiben. Uns ist ebenfalls wichtig in der kommenden Legislaturperiode zu weiteren Konferenzen mit Wirtschaft und Verwaltung zusammenzukommen, um weiteren Bürokratieabbaubedarf zu ermitteln und hier tätig zu werden.“

Boris Mijatovic, Bündnis 90/Die Grünen, Listenplatz 6, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Gerade KMU leiden besonders unter aufwendiger Bürokratie und zu komplizierten Regeln. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden. Bei jeder Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung von Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Ein wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung: Wir wollen, dass öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nach dem Once-Only-Prinzip nur einmal eingereicht werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und reduzieren. Damit mehr Unternehmen von den KMU-Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die Definition von KMU moderat anheben.“

Julian Schmidt, AfD, Listenplatz 4, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):

„Trotz aller Beteuerungen in der Vergangenheit sind die bürokratischen Hemmnisse für unsere Unternehmen in den letzten Jahrzehnten immer nur noch größer geworden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind die zahlreichen Informations- und Berichtspflichten eine enorme Belastung. Unser Ziel ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Deutschland, der durch geringe Steuern und Abgaben sowie den Abbau von Regulierung gestärkt wird.“

Dies wollen wir unter anderem mit folgenden Maßnahmen erreichen: Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie, Abschaffung des Verpackungsgesetz, Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung, Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung, Vereinfachung des Vergaberechts, drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten.“

Jochen Rube, FDP, Listenplatz 5, Direktkandidat Wahlkreis Waldeck (166):

„Die ausufernde Bürokratie eines der drängendsten Probleme unseres Standorts. Die FDP-Ministerien in der Ampel-Regierung haben einige Schritte unternommen. Bürokratieabbau ist aber eine Daueraufgabe, deswegen muss es jetzt mit ernsthaften Bemühungen weitergehen.“

Erstens: Ein dreijähriges Bürokratie-Moratorium – neue Regularien nur bei gleichwertigem Abbau bestehender Vorschriften. Zweitens: Wir schaffen sämtliche Berichtspflichten für ein Jahr lang ab – und führen danach nur diejenigen wieder ein, die vermisst wurden. Drittens: Eine Bürokratiebremse im Grundgesetz mit dem Ziel, den Erfüllungsaufwand um mindestens sechs Milliarden Euro pro Legislaturperiode zu reduzieren.

Zusätzlich führen wir Genehmigungsfiktionen ein: Reagiert eine Behörde nicht fristgerecht, gilt ein Antrag automatisch als genehmigt. Überflüssige Regelungen wie die Bonpflicht müssen weg.

Auf EU-Ebene kämpfen wir gegen überbordende Berichtspflichten und setzen uns für eine 1:1-Umsetzung von EU-Richtlinien ein.“

Violetta Bock, Die Linke, Listenplatz 3, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):

„Die Linke setzt sich für eine deutliche Entlastung durch Bürokratieabbau ein, ohne dabei wichtige Kontroll- und Schutzmechanismen zu gefährden. Wir verfolgen dabei einen pragmatischen Ansatz, bei dem Verwaltungsprozesse vereinfacht, zusammengeführt, wo immer möglich digitalisiert und transparent gemacht werden. Ein zentrales Ziel ist es, Formulare und Meldepflichten zu standardisieren, so dass Unternehmen, aber auch Kolleg:innen, nicht mehr mehrfach dieselben Informationen liefern müssen.

Bürokratische Hürden binden auch bei Kommunen unnötige Ressourcen, weshalb wir Bundesprogramme für Kommunen verstetigen und bürokratische Hürden abbauen wollen.“



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg
Kurfürstenstraße 9
34117 Kassel

☎ 0561 7891-0

@ info@kassel.ihk.de

🌐 ihk.de/kassel-marburg